Info

Pressemitteilung vom 29.01.2015

Minister packt an!

Innenminister Klaus Bouillon kündigt vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Lage und der Belastungssituation in der Polizei ein Sofortmaßnahmen-Paket an

Nach wenigen Wochen Amtszeit und intensiven Gesprächen auch mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) kündigt Innenminister Klaus Bouillon ein Maßnahmenpaket an, mit dem eine Stärkung der operativen Dienststellen insbesondere im Wach- und Streifendienst in der Fläche erreicht werden soll.

- ***In einem ersten Schritt sollen bis zu 30 Beamtinnen und Beamten die Möglichkeit einer Hinausschiebung der Ruhestandversetzung um bis zu zwei Jahre eröffnet werden.***

Aus unserer Sicht ist das eine Maßnahme, die unmittelbare Wirkung entfaltet und der Polizei hilft, den schwierigen Wissenstransfer von lebensälteren Kolleginnen und Kollegen auf jüngere positiv vorzunehmen.

Es kann sich dabei aber nur um eine Sofortmaßnahme handeln, da die Wirkung befristet, d.h. zeitlich begrenzt ist. Aus gewerkschaftlicher Sicht muss mittel- und langfristig an dem vereinbarten Einstellungskorridor von durchschnittlich 100 Anwärterinnen und Anwärtern festgehalten werden, um die schlechte Altersstruktur der Polizei zu verbessern, langfristig Kontinuität in der Personalplanung zu haben und den Abbau von 300 Stellen bei der Polizei ohne große Brüche umsetzen zu können.

- ***Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Evaluierung der Polizeireform***

v.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken
Fon: 0681 84124 10, Fax: - 15, www.gdp-saarland.de, gdp-saarland@gdp-online.de

Im Zusammenhang mit dem Thema Aufgabenkritik hat die Gewerkschaft der Polizei bereits im Sommer 2014 die Einrichtung einer solchen Arbeitsgruppe vor dem Hintergrund sich verändernder Rahmenbedingungen gefordert. Die Umsetzung ist aus unserer Sicht ein deutli-ches und positives Signal, sich mit den veränderten Rahmenbedingungen, die den geplanten Organisationsentwicklungsprozess erheblich beeinflussen, zu befassen. Eine steigende Kriminalitätsbelastung insbesondere im Bereich des Tageswohnungseinbruchs, steigende Einsatzbelastungen durch Begleitung und Schutz von Demonstrationen, Fußballeinsätzen und sonstigen Veranstaltungen führen zu einer erheblichen Belastungssituation der saarländischen Polizei und stark steigenden Mehrdienststundenzahlen.

Ein durch den islamistischen Terrorismus verschärfte Sicherheitslage führt zu einer zusätzlichen Belastung von Polizei und Verfassungsschutzbehörden.

Die Überprüfung der Aufbau- und Ablauforganisation mit dem Ziel, Doppelstrukturen abzubauen und Synergieeffekte durch Zusammenlegungen zu erreichen, Schnittstellenverluste zu erkennen sowie die Verfahrensökonomie zu überprüfen, ist aus unserer Sicht zielführend.

- ***Entlastung der Polizei von vollzugsfremden Aufgaben auch unter dem Gesichtspunkt einer Aufgabenkritik***

Bereits in den Gesprächen „Zukunftssichere Landesverwaltung“ im Jahr 2014 wurden mit den Gewerkschaften Vereinbarungen über eine strukturierte Aufgabenkritik in den Ressorts der Landesverwaltung getroffen. Bei Fortsetzung der Gespräche am vergangenen Samstag wurde die strukturelle und inhaltliche Umsetzung des Themas im Landespolizeipräsidium durch die GdP eingebracht und durch den Innenminister die Umsetzung über die Einrichtung einer Arbeitsgruppe vorgeschlagen. Die Entlastung der Polizei von vollzugsfremden Aufgaben über die Privatisierung von sogenannten Pförtnerdiensten setzt Ressourcen frei.

Das heute von Klaus Bouillon vorgestellte Maßnahmenpaket ist von der Zielrichtung her geeignet, auf die aktuelle Situation der Polizei und der Sicherheitslage im Saarland zu reagieren. Es hilft der Polizei bei der besseren Bewältigung ihrer Aufgaben, stärkt das Sicherheitsgefühl der Menschen im Saarland und stimmt uns zuversichtlich, dass es gelingen kann, wenn den Worten auch die richtigen Taten folgen. Die GdP steht bereit zu helfen, hierbei die richtigen Wege zu finden.

Die beschlossenen Maßnahmen entsprechen in weiten Teilen den gewerkschaftlichen Forderungen der GdP. Bei der Einschätzung der genannten Zielgrößen und Potenziale sind wir eher skeptisch und wollen belastbare Ergebnisse der Überprüfungen abwarten.

Der Landesvorstand